für Wichmann, Christiane

für Sieke, Oliver

#### PROTOKOLL

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau der Stadt Burgdorf am 26.03.2019 im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

18.WP/A-USB/025

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr Ende öffentlicher Teil: 19:25 Uhr Beginn vertraulicher Teil: 19:25 Uhr Ende vertraulicher Teil: 20:30 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Kaever, Volkhard, Dr.

stellv. Vorsitzender

Köneke, Klaus

Mitglied/Mitglieder

Braun, Jens

Heller, Simone

Meyer, Andreas

Nijenhof, Rüdiger Rheinhardt, Michael

Schrader, Karl-Ludwig Weilert-Penk, Christa

**Grundmandatar/e** 

Fleischmann, Michael

Beratende/s Mitglied/er

Büttner, Wolf

Kleinschmidt, Dieter

**Verwaltung** 

Baxmann, Alfred

Behrens, Cord Borchers, Insa

Brinkmann, Jan-Hinrich

Fischer, Andreas Herbst, Imke Könecke, Patricia-

Diana

Nagel, Sabine Weddige, Frauke

### **TAGESORDNUNG**

Öffentlicher Teil

- 1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
- 2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau am 18.02.2019 Protokoll folgt -
- 3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 3.1. Umbau der K 121 zur Erschließung des neuen Schulstandortes IGS Vor dem Celler Tor

Vorlage: M 2019 0830

- 3.2. Mitteilung: Kompensationsfläche 3990/003 in Sorgensen Ausbauprogramm Vorlage: M 2019 0858
- 3.3. Entsorgung städtischer Abfälle- Abfall-Jahresbericht 2018 Vorlage: M 2019 0864
- 3.4. Bauliche Entwicklung im Ortskern Otze (ehemalige Hofstelle Raupers); kurzer Sachstandsbericht
- 4. Klärschlammverwertung zukünftige Ausrichtung Vorlage: BV 2019 0862
- 5. 63. Änderung des Flächennutzungsplans (Schulzentrum Nord)
  - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
  - Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (gem.  $\S$  3 Abs. 1 BauGB) und der Behörden ( $\S$  4 Abs. 1 BauGB)

Vorlage: BV 2019 0846

6. Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen 04.03.2019 Bezugsvorlagen

M 2018 0655/1 Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen 2018, Entwurf Oktober 2018

M 2018 0655 Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen 2018, Lärmkarten und Vorgehensweise

Vorlage: BV 2018 0655/2

7. Bebauungsplan Nr. 0-91 "Erweiterung Parlasca" - Entwurf - Bezugsvorlagen: BV 2019 0824 (Vorentwurf) und BV 2018 0549 (Aufstellungsbeschluss) - Vorlage folgt -

Vorlage: BV 2019 0847

- 8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
- 8.1. Projekt Krippe, Kita und Grundschule Otze, Anfrage der SPD Ortsratsfraktion Vorlage: F 2019 0817
- 8.2. Anfrage der FDP zur Kita+Famileinzentrum und IGS am aktuellen Standort Vorlage: F 2019 0856
- 8.3. Grünflächenkataster, Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Vorlage folgt

Vorlage: F 2019 0869

9. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

#### Öffentlicher Teil

### 1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Um 17.00 Uhr eröffnete Herr **Dr. Kaever** die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wurden in der Form der Einladung vom 14.03.2019 von den Ausschussmitgliedern einstimmig angenommen. Die Tagesordnungspunkte 3.4 und 8.1 wurden in der Beratungsfolge vorgezogen.

# 2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau am 18.02.2019 - Protokoll folgt -

Die Genehmigung des Protokolls konnte nicht erfolgen, da dieses noch nicht vorlag. **Herr Dr. Kaever** machte darauf aufmerksam, dass dieses dann erst in der Sitzung am 6. Mai genehmigt werden könne.

### 3. Mitteilungen des Bürgermeisters

## 3.1. Umbau der K 121 zur Erschließung des neuen Schulstandortes IGS Vor dem Celler Tor

Vorlage: M 2019 0830

**Herr Schrader** drang darauf, die Busbuchten derart zu gestalten, dass ein Rückwärtsfahren der Busse in keinem Fall erforderlich werde.

**Frau Weilert-Penk** sah die Notwendigkeit für den Rückweg der Schüler in die Stadt hinein, einen anderen Weg als die Straße "Vor dem Celler Tor" einzurichten. Für den Hinweg sei dies zwar möglich, jedoch nicht für den Rückweg.

Herr Fischer erläuterte, dass eine Fahrradstraße bereits thematisiert worden sei, eine Einrichtung aber voraussetze, dass man zunächst die Haupt-

radwegebeziehungen feststelle.

**Herr Nijenhoff** ergänzte, dass hierfür nur die Verkehrswege in Betracht kämen, die die Schüler wirklich nutzen würden. Die Ausschussmitglieder nahmen die Vorlage zur Kenntnis.

### 3.2. Mitteilung: Kompensationsfläche 3990/003 in Sorgensen - Ausbaupro-

gramm

Vorlage: M 2019 0858

Herr Könecke bat um Auskunft, ob es sich um allgemeine Ausgleichsflächen handele oder ob diese für bestimmte Baugebiete vorgesehen seien. Die Verwaltung sagte zu, dies über das Protokoll zu beantworten. (Die Frage wird von der Umweltschutzabteilung wie folgt beantwortet: Die Kompensationsfläche ist u.a. bereits optional für Eingriffe, die aus den B-Plänen für die IGS, die Erweiterung Parlasca, den 3. Abschnitt des Gewerbeparks Nordwest, Nordwestlich Weserstraße und die 3. Änderung des Gewerbegebietes "Hülptingsen 3" resultieren vorgesehen. Außerdem soll über diese Poolfläche die Kompensation für das geplante Klärschlammlager erfolgen.)

**Frau Heller** kritisierte, dass der Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau der Umweltausschuss sei und kein Mitarbeiter der Umweltschutzabteilung teilnehme, um Fragen dieser Art zu beantworten.

**Herr Baxmann** antwortete hierauf, dass nicht jeder Mitarbeiter, der gegebenenfalls von ergänzenden Fragen betroffen sein könnte, zu Lasten der Arbeitszeit an der Sitzung teilnehmen könne.

**Herr Borstelmann** erklärte, dass ein Teil der vorgesehenen Kompensationsfläche für den IGS-Bebauungsplan vorgesehen sei.

**Herr Nijenhoff** schlug daraufhin vor, die Schüler der IGS an der Pflanzaktion für den vorgesehenen Wald zu beteiligen und sich dementsprechend mit der IGS in Verbindung zu setzen.

Bezüglich des Vorschlags von **Herrn Nijenhoff** teilt die Tiefbauabteilung mit, dass die Arbeiten für die Aufforstung sowie für die Pflanzung der Obstbäume von externen Firmen vorgenommen werden, da der Gärtnerbauhof keine personellen Kapazitäten hat, Neuanlagen in dieser Größenordnung anzulegen. Da die Arbeiten öffentlich ausgeschrieben werden müssen, ist eine Pflanzaktion von Schülern mit privaten Firmen nicht möglich, da der Mehraufwand für die Firmen für das Angebot nicht kalkulierbar ist. Derzeit werden hier im Hause Überlegungen angestellt, eine weitere, gesonderte Fläche für Pflanzungen durch Schüler bereit zu stellen.

Die Ausschussmitglieder nahmen die Vorlage zur Kenntnis.

# 3.3. Entsorgung städtischer Abfälle- Abfall-Jahresbericht 2018 Vorlage: M 2019 0864

Auf Nachfrage von **Herrn Baxmann** erklärten die Ausschussmitglieder, dass entsprechende Jahresberichte nur auf Nachfrage oder bei gravierenden Än-

derungen erforderlich würden.

Ergänzend zu den Ausführungen der Vorlage erklärte **Herr Behrens**, dass eine Kompostierung durch die Stadt Burgdorf selbst nicht möglich sei, da hierfür zu hohe Auflagen zu erfüllen seien.

Die Ausschussmitglieder nahmen die Vorlage zur Kenntnis.

## 3.4. Bauliche Entwicklung im Ortskern Otze (ehemalige Hofstelle Raupers); kurzer Sachstandsbericht

Herr Fischer erläuterte nochmals die derzeitige Bestandssituation. Daraus ergebe sich, dass der obere, an der Burgdorfer Straße gelegene Bereich (Hofstelle) als im Zusammenhang bebauter Innenbereich beurteilt wird. Dieser könne ohne vorheriges Bauleitplanverfahren neu bebaut werden, sofern die vorgesehene Bebauung nach den Maßgaben des § 34 BauGB zulässig sei. Für den restlichen Bereich, die in der Mitte liegende Freifläche, sei die Schaffung von Planungsrechten erforderlich. Im Bereich des Kapellenweges, wo derzeit eine Kartoffelhalle abgebrochen werde, sei es möglich, aufgrund der Nachwirkung dieses Gebäudes zwei Einfamilienhäuser im Rahmen des § 34 BauGB zu errichten.

Für das an der Burgdorfer Straße stehende Scheunengebäude, nördlich der alten Schmiede, werde derzeit versucht, dieses als Wohngebäude um zu planen. Sollte dies nicht angemessen möglich sein, beabsichtigten die Investoren dieses ebenfalls abzubrechen und durch ein viertes Mehrfamilienhaus zu ersetzen. Dies erfordere dann allerdings eine entsprechende Baulast durch den benachbarten Grundstückseigentümer. Sofern dieser nicht bereit dazu sei, müsse das Gebäude eingerückt werden. Das auf der Hofstelle vorhandene Niedersachsenhaus werde erhalten. Allerdings sei man nicht in der Lage, ggf. den Abbruch eines der Gebäude zu verhindern, da diese nicht denkmalgeschützt seien.

Herr Dr. Kaever schloss um 17.45 Uhr den gemeinsamen Teil.

# 4. Klärschlammverwertung - zukünftige Ausrichtung Vorlage: BV 2019 0862

Eine Erläuterung der Vorlage erfolgte nicht.

**Herr Fleischmann** sprach sich für die Verwendung keramischer Membranen in der Wasserverwertung aus. Diese hätten den Vorteil Mikroplastik aufzufangen, wodurch die Probleme beseitigt würden.

**Herr Behrens** erklärte, dass derzeit der Einsatz von keramischen Membranen nicht vorgesehen sei.

**Herr Baxmann** ergänzte, dass ein Einstieg auch erst dann sinnvoll sei, wenn es eine gesicherte Entwicklung gebe.

Die Vorlage wurde im Folgenden ausführlich durch die Ausschussmitglieder diskutiert.

Auf Nachfrage von **Herrn Kleinschmidt** erläuterte **Herr Behrens**, dass das Klärschlammlager nicht mit Dach geplant werde, da der mit Kalk behandelte Klärschlamm dies nicht zwingend erfordert. Eine Abdeckung erfolge nur, wenn diese zwingend erforderlich werden sollte. Geruchsimmissionen seien üblicherweise nur durch frisch gekippten Schlamm oder bei der Entnahme zu erwarten. **Herr Nijenhoff** beantragte den Beschlussvorschlag der Vorlage um den Punkt e.) wie folgt zu erweitern: "Die Verwaltung wird beauftragt, innovative Lösungen in der Abwasseraufbereitung, wie z.B. keramische Membranen zu prüfen." Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau stimmten einstimmig für diesen Antrag.

#### **Beschluss:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fassten einstimmig den folgenden empfehlenden Beschluss:

- Der Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau empfiehlt dem VA die Beschlussfassung wie unter 2. der Vorlage Nr. 2019 0862 aufgeführt.
- 2. Der Verwaltungsausschuss beschließt,
  - a) die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung auch langfristig in Betracht zu ziehen,
  - b) eine Beteiligung an der Interkommunalen Zusammenarbeit KNRN Hildesheim nicht weiter zu verfolgen,
  - c) eine Beteiligung am Lager- und Verwertungsnetzwerk nur in Erwägung zu ziehen, wenn zu erwartende positive Auswirkungen überwiegen und
  - d) einen Planungsauftrag für den Bau eines Klärschlammlagers in Kürze zu erteilen.
  - e) Die Verwaltung wird beauftragt, innovative Lösungen in der Abwasseraufbereitung, wie z.B. keramische Membranen zu prüfen.
- 5. 63. Änderung des Flächennutzungsplans (Schulzentrum Nord)
  - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
  - Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (gem. § 3 Abs. 1 BauGB) und der Behörden (§ 4 Abs. 1 BauGB)

Vorlage: BV 2019 0846

**Herr Borstelmann** vom Büro von Luckwald erläuterte ausführlich die vorgesehene Änderung sowie die äußeren Bedingungen wie die Versickerungsfähigkeit des Bodens und die auf das Grundstück einwirkenden Immissionen.

Herr Fleischmann sah eine zusätzliche Belastung des Standortes durch die in der Schweinemastanlage Wolfskuhlen entstehenden multiresistenten Keime, welche durch die Abluftanlage in der Umgebung verbreitet würden. Herr Borstelmann erklärte, dass es für Anlagen dieser Art eine Abstandsempfehlung zu Schulen von 350m gebe. Für den weiter entfernt gelegenen Standort der IGS bedeute dies kein Problem. Herr Fleischmann widersprach dieser Aussage. Es gäbe Untersuchungen, dass die Keime mit der Abluft eines Stalles über eine Entfernung von 1,5 km verbreitet würden. Herr Fleischmann erklärte, dass er, wenn er Stimmrecht hätte, gegen die Vorlage stimmen würde und bat dieses entsprechend im Protokoll festzuhalten.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fassten einstimmig den folgenden empfehlenden Beschluss:

- 1. Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB wird die Aufstellung der 63. Änderung des Flächennutzungsplans "Schulzentrum Nord" beschlossen.
- 2. Es wird beschlossen, auf der Grundlage des Vorentwurfs zur 63. Änderung des Flächennutzungsplans "Schulzentrum Nord" in der Fassung vom 13.03.2019 die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie parallel die frühzeitige Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.
- 6. Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen 04.03.2019 Bezugsvorlagen

M 2018 0655/1 Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen 2018, Entwurf Oktober 2018

M 2018 0655 Lärmaktionsplan Hauptverkehrsstraßen 2018, Lärmkarten und Vorgehensweise

Vorlage: BV 2018 0655/2

Eine Erläuterung der Vorlage erfolgte nicht.

**Herr Könecke** kritisierte, dass viele der stark befahrenen Straßen nicht im Plan enthalten seien, so dass nicht unbedingt Konsequenzen folgen müssten. **Herr Nijenhoff** erklärte, dass das wirkliche Ausmaß der Belastung nur durch einen kumulierten Plan deutlich werden könne.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fassten mit 8 Ja-Stimmen und einer Enthaltung den folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Lärmaktionsplan, welcher der Vorlage BV 2018 0655/2 anliegt, wird als Lärmaktionsplan gemäß § 47d BImSchG beschlossen.

7. Bebauungsplan Nr. 0-91 "Erweiterung Parlasca" - Entwurf - Bezugsvorlagen: BV 2019 0824 (Vorentwurf) und BV 2018 0549 (Aufstellungsbeschluss) - Vorlage folgt -

Vorlage: BV 2019 0847

**Herr Brinkmann** erläuterte die Vorlage und informierte über die zum Schutz der Eidechsen erforderlich gewordene Verbreiterung der versetzten Hecke, welche in Abstimmung mit der davon betroffenen Lebenshilfe erfolgt sei.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fassten einstimmig den folgenden empfehlenden Beschluss:

Dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 0-91 "Erweiterung Parlasca" in der Fassung vom März 2019 wird zugestimmt. Es wird beschlossen, mit dem Entwurf die öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB) sowie Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 2 BauGB) durchführen zu lassen.

### 8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

### 8.1. Projekt Krippe, Kita und Grundschule Otze, Anfrage der SPD Ortsratsfraktion

Vorlage: F 2019 0817

**Frau Könecke** erläutert anhand eines Planes die vorgesehene Erweiterung der Grundschule in Otze in Modulbauweise. Direkt vor der Schule würden vier Container für vier Klassenzimmer aufgestellt. Die voraussichtlichen Kosten beliefen sich für vier Jahre auf 370.000 bis 400.000 €. Allerdings ende die Ausschreibungsfrist erst Mitte April. Die Planung befinde sich im zeitlichen Rahmen und der Baubeginn seit für Juni vorgesehen.

Parallel hierzu werde man den Anbau an die Kita errichten, so dass insgesamt 100 Kinder betreut werden könnten. Der Anbau sehe die Errichtung einer Krippe sowie eines halben Gruppenraumes und eines Bewegungsraumes vor. Der Anbau erfolge während des Betriebs. Hier halte man sich zeitlich und kostentechnisch im geplanten Rahmen.

Der Kindergarten "Pusteblume" im Baugebiet "Nordwest" werde derzeit bereits um einen weiteren Riegel erweitert, so dass man vier Kindergartengruppen und zwei Krippengruppen unterbringen könne. Die Fertigstellung sei für Oktober angestrebt.

**Herr Meyer** aus dem Ortsrat Otze stellte fest, dass es voraussichtlich wirtschaftlicher sei, die Schulcontainer zu erwerben, wenn man davon ausgehen müsse, dass diese über die vorgesehenen fünf Jahre genutzt werden müssten. Dies sei ein Ansporn den Anbau in vier Jahren zu verwirklichen.

Auf die Frage von **Frau Heller**, ob die Ausschreibungen für den Kindergarten und die Schule in Ehlershausen zusammen erfolgt sei, antwortete **Herr Fischer**, dass die beiden Projekte einzeln im Haushalt veranschlagt seien und auseinander zu halten seien.

# 8.2. Anfrage der FDP zur Kita+Famileinzentrum und IGS am aktuellen Standort

Vorlage: F 2019 0856

Die Ausschussmitglieder nahmen die Vorlage zur Kenntnis. Ergänzende Nachfragen wurden nicht gestellt.

## 8.3. Grünflächenkataster, Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Vorlage folgt -

Vorlage: F 2019 0869

**Frau Heller** bat um ergänzende Erläuterungen, ob und wie die Verwaltung mit den gewonnenen Daten arbeite und was sich aus diesen ergebe. Zudem bat sie um Auskunft, ob die Erfassung der Daten an Externe vergeben worden sei.

**Herr Fischer** sagte zu, dass diese Fragen durch die zuständige Fachabteilung über das Protokoll beantwortet würden.

**Frau Heller** ergänzte, dass sie zudem eine Information über den derzeitigen Stand der Dinge und eine Vorstellung der Ergebnisse an ein bis zwei Beispielen, sofern diese bereits vorstellbar seien, für das laufende Jahr erwarte.

### Die zuständige Tiefbauabteilung gibt hierzu die folgende Stellungnahme ab:

Die Erfassung der Daten ist an ein externes Büro vergeben worden.

Bezüglich des Standes der Datenaufnahme wird auf die Vorlage F 2019 0869 verwiesen.

Die Erfassung der Daten im Grünflächenkataster dient unter anderem dazu, die der Stadt gehörenden Grünflächen auch in der Doppik und im Profis abbilden zu können.

Außerdem ist es auf Grundlage der Daten möglich, Auswertungen zum Umfang der erforderlichen Arbeiten an Grünflächen ortsübergreifend oder für einzelne Ortsteile durchzuführen. So kann z.B. bereits jetzt ermittelt werden, dass allein in Ramlingen mehr als 18.500 m² Rasen an Straßen zu mähen sind.

Derzeit nimmt die Diskrepanz zwischen Zunahmen der zu bearbeitenden Grünflächen und der gleichbleibenden Mitarbeiterzahl auf den Bauhöfen weiter zu. Soll der Pflegestandard trotzdem beibehalten oder u.U. sogar angehoben werden, wird künftig eine teilweise Vergabe von Pflegearbeiten geprüft werden müssen. Hier sind die erhobenen Daten erforderlich, um die Mengen für eine Ausschreibung an Pflegearbeiten ermitteln zu können und sinnvolle Abschnitte für eine Vergabe bilden zu können.

Die Daten können darüber hinaus als Planungshilfe für Bauprojekte dienen. Derzeit wird aufgrund der nur teilweise vorhandenen Daten noch in sehr geringem Umfang auf das Kataster zugegriffen.

Ziel ist es, Pflegetouren mit Hilfe des Grünflächenkatasters zu planen und zu effektivieren. Bei einem Personalwechsel auf den Pflegetouren kann dann auch eine Karte an die Hand gegeben werden, die die zu erledigenden Arbeiten erleichtert und beschleunigt.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau nahmen die Vorlage zur Kenntnis.

### 9. Anregungen an die Verwaltung

Herr Rheinhardt wies darauf hin, dass der Radweg vom Magdalenenweg an

der Hochbrücke entlang zum Finanzamtstunnel Schäden durch gelockerte Pflastersteine aufweise.

**Herr Fleischmann** sprach sich dafür aus, den Weg insgesamt zu verbreitern und zu asphaltieren.

**Herr Nijenhoff** teilte mit, dass er zwischenzeitlich per Whats App erfahren habe, dass die Schulleiterin der IGS es befürworte, wenn Schüler sich an der Pflanzung des Waldes beteiligten.

### Einwohnerfragestunde

**Herr Dr. Kaever** eröffnete die Einwohnerfragstunde um 19.25 Uhr. Es wurden keine Fragen vorgetragen.

Herr Dr. Kaever schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.25 Uhr.

Gesch	ilossen:

Bürgermeister Ausschussvorsitzender Protokollführerin